

Fraktion BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN im Gemeinderat Leonberg

Kommunalpolitische Erklärung zum Haushaltsplanentwurf für 2025

Dr. Bernd Murschel und Birgit Widmaier für die Fraktion

„Mehr denn je muss es heißen: Anpacken statt Ankündigen!“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Finanzlage

Wir befinden uns in einer Zeit des Umbruchs. Das zeigt dieser Entwurf des Haushalts für 2025 ebenfalls deutlich. Zusammengefasst könnte man sagen, der Haushalt basiert auf dem Prinzip Hoffnung. Nämlich, dass die Einnahmen aus Sondererlösen so groß sind und auch realisiert werden, dass ein genehmigungsfähiger Haushalt entsteht. Das Gesamtvolumen ist mit 265 Millionen höher denn je, nur sind im Ergebnishaushalt die Aufwendungen höher als die Erträge. Es bleibt ein Defizit von 4,5 Millionen. Auch unter Anwendung eines globalen Minderaufwands von 1% der ordentlichen Aufwendungen kann diese Lücke nicht geschlossen werden. Die Deckung dieser Haushaltslücke durch den vorgesehenen Verkauf durch Grundstücke sehen wir kritisch. Zu viele Fragezeichen stehen hinter diesen Veräußerungen. In der zunehmend schwierigeren konjunkturellen Lage sind Planungen deutlich erschwert. Aus grundsätzlichen Erwägungen halten wir an der Freihaltung des Unteren Schützenrains fest. Die bisherigen Untersuchungen haben gezeigt, dass die Entwicklung dieses Gebietes mit extrem hohem Aufwand verbunden wäre und nicht einmal eine normgerechte Erschließung durch die ungünstige Topographie möglich wäre. Die im Haushalt veranschlagten Mittel für den Unteren Schützenrain in Höhe von rund einer halben Million Euro für Planungskosten, Entwässerung und Grundstückserwerb können somit eingespart werden.

In diesem Zusammenhang ist auch ein Blick auf den Beschluss, die alte Schuhfabrik abzureißen und dafür Wohnraum zu schaffen, sinnvoll. Dort werden Materialien aus

dem Stadtmuseum gelagert. Alleine für die Verlegung und Schaffung neuen Lager-
raums werden bald eine Million Euro veranschlagt. Wahrlich ein teures Unterfangen.

Die **Personalaufwendungen** sind die größte Position im laufenden Haushalt. Hier
werden durch tarifliche Anpassungen und neu angemeldete Stellen deutlich über
zwei Millionen Euro zusätzlich veranschlagt.

Erstmals wirksam werden 2025 die Änderungen bei der **Grundsteuerreform**. Der
Gemeinderat hat erst kürzlich die Hebesätze für die Grundsteuer A und B sowie die
Gewerbsteuer festgelegt. Die aufkommensneutrale Umsetzung war uns als Fraktion
wichtig. Dies bedeutet für die Stadt eine gleichbleibende Einnahmensituation, was für
die Grundstückseigentümer aber durchaus unterschiedliche Auswirkungen haben
kann. Verteuern werden sich Gebäude mit größeren Grundstücken, Gewerbeflächen
werden günstiger wegkommen. Wir werden die Auswirkungen verfolgen und mögli-
che Anpassungen in der weiteren Zukunft prüfen. Dazu zählt auch die seit Jahren
konstante Höhe des Gewerbesteuersatzes.

Die neu aufgenommene Grundsteuer C soll nicht oder untergenutzte Freiflächen im
Bestand zu einer Bebauung bringen. Gerade diese auf „Vorrat“ gehaltenen Flächen
sind im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Flächennutzungsplans von Be-
deutung. Um diese Flächen zu quantifizieren, ist ein Leerstandskataster nicht genutz-
ter Flächen in der Stadt notwendig. Wir haben dazu einen Antrag gestellt.

Ausdrücklich unterstützen wir die **Umstellung der Haushaltsberatungen**. Diese
sollen künftig mit formulierten Zielsetzungen aus dem Gemeinderat im laufenden
Jahr schon im April beginnen. Für den laufenden Haushalt sind Zwischenevaluie-
rungsschritte sinnvoll.

Über diesem und den nächsten Haushalten schweben dunkle Wolken. Die aktuelle
Steuerschätzung des Landes hat für die Kommunen einen Rückgang der Zuwen-
dungen von fast 2 Milliarden in den kommenden beiden Jahren zur Folge. Den struk-
turellen Umbruch des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg spüren wir auch in
Leonberg: Karstadt geschlossen, der 2. Teil des Bosch-Campus ist grüne Wiese.

Stadtentwicklung

Wir brauchen wieder die Deutungshoheit bei Bauprojekten. Warum? Gerade die Pla-
nungen zum Postareal und die endlos schleppende Formulierung des städtebauli-
chen Vertrages haben gezeigt, Investoren sitzen oft am längeren Hebel und die Stadt

gibt zu oft nach, zum eigenen Nachteil. Ursprünglich zugesagte Aktivitäten, wie Abriss des Postgebäudes, Bau der Brücke, Verlegung der Infrastruktur ist nun auf die Stadt abgewälzt. Wir wollen aus dieser Spirale ausbrechen und schlagen deshalb vor, wieder eine „kommunale Wohnungsbaugesellschaft“ anzustreben. Ob alleine oder in Verbindung mit dem Kreis bleibt zu prüfen.

Zur Stadthalle. Die Stadthalle ist in ein ruhigeres Fahrwasser gekommen. Das ist gut so. Der Abmangel bleibt auf hohem Niveau. Aber unrealistische Neubauszenarien sind vom Tisch. Die Sanierung und Gestaltung des Bürgerplatzes vor der Stadthalle begrüßen wir ausdrücklich.

Die vielzitierte „Stadt für morgen“ hat einen kritischen Kern: **die neue Stadtmitte und die Zukunft des Leo-Centers.** Hier braucht es neue Konzepte, die langfristig diesen Bereich sichern und aufwerten. Unsere Priorität bleibt im Leo-Center beim Einzelhandel. Eine Aufwertung des Areals muss durch mehr Aufenthaltsqualität für Fußgänger und Radfahrer erfolgen. Mischflächen sind dabei kontraproduktiv.

Die Vernetzung der Grünstrukturen in der Stadt wollen wir verstärkt angehen.

Für mehr **Gesundheitsschutz und Anpassung an den Klimawandel** müssen weitere Maßnahmen im Rahmen des gerade zu erstellenden Hitzeaktionsplans umgesetzt werden. Unser beschlossenes Programm „500 Bäume in der Stadt“ hat für uns eine hohe Priorität.

Zur Schulsituation

Dieses Thema beschäftigt uns in jeder Sitzungsrunde, weil viele Probleme nach Lösungen schreien. Bei der Grundschule Warmbronn ist wegen der Belastung durch Schadstoffe im Bestandsgebäude eine Beschaffung von Modulen als Zwischenlösung für das Schulsekretariat notwendig.

Aber nicht nur diese Zwischenlösung ist notwendig, sondern auch, dass der Bau der Grundschule in Warmbronn endlich vorangeht. Die Lösung für die Interims-Schule wurde bereits beschlossen, diese muss wie ursprünglich geplant in 2025 umgesetzt werden.

Auch in der Stadtmitte drängen die Raumprobleme an den Schulen. Die Einberufung einer Raumfindungskommission ist sicher richtig, aber die erarbeiteten Lösungen müssen dann zügig umgesetzt werden.

Thema Jugendbeteiligung

Beim diesjährigen Jugendforum war der Andrang so groß, dass die Anmeldeliste geschlossen werden musste. Dieses Interesse ist ein sehr gutes Zeichen, junge Menschen wollen sich einbringen. Und vielleicht können diejenigen, die beim Jugendforum nicht mehr teilnehmen konnten, in die Arbeit in den Projektgruppen eingebunden werden. Der Gemeinderat und die Stadtverwaltung sind aber ebenfalls gefragt. Es geht darum, die Ideen und Vorschläge aus den Projektgruppen aufzugreifen und nach Beschluss zügig umzusetzen. Ein negatives Beispiel hierfür ist die Verlegung des Skateparks, für den es nach zig Jahren immer noch keine Lösung gibt. Das erzeugt Frustrationen in höchstem Maß bei den beteiligten Jugendlichen. Die erste Generation, die damit beschäftigt war, hat sich irgendwann frustriert zurückgezogen. Und auch wenn vielleicht einige dachten, dass damit das Interesse an einem Skatepark sinken wird, das ist nicht der Fall. Umsetzungsideen aus dem Bauamt sind hier also nach wie vor gefragt.

Gebühren für die Kindertageseinrichtungen

Uns erreichen immer wieder e-mails von Eltern, die sich über die Höhe und den Anstieg der Gebühren für die Kindertageseinrichtungen beschweren. Das ist nachvollziehbar bei geplanten Anstiegen von zuletzt jährlich 7%, was deutlich über der Inflationsrate liegt. Ja, wir haben den Anspruch auf eine hohe Qualität in der Kinderbetreuung und dass die dort arbeitenden Personen auch besser als bisher bezahlt werden. Das kostet natürlich. Aber auch wenn die Gebühren in Anlehnung an die kommunalen Spitzenverbände erfolgen und die Elternbeiträge an den Gesamtkosten „nur“ einen Kostendeckungsbeitrag von 16% ergeben, sind sie für viele eine Belastung.

Wir werden bei diesem Thema nicht um die Abwägung herumkommen, welche Kosten den Eltern übertragen werden und was als allgemeine gesellschaftliche Aufgabe für alle angesehen wird. Auch über eine einkommensabhängige Staffelung sollte nachgedacht werden.

Nun zum Klimaschutz - Ausbau regenerativer Energien

Beim Thema Stadtentwicklung sind wir schon auf Aspekte des Klimawandels und was wir hier vor Ort tun können eingegangen. Zu zwei Projekten, die die Stadt hier vor Ort umsetzen kann, haben wir Anträge gestellt.

Zum einen ist das die **Überdachung von bereits versiegelten Flächen mit PV Anlagen**

Der Ausbau regenerativer Energien ist eine Möglichkeit den Klimawandel aufzuhalten und auch die Kommunen können dazu ihren Beitrag leisten. Wir beantragen daher, die Errichtung von PV-Anlagen auf bereits versiegelten Flächen, konkret auf einer städtischen Parkplatzfläche. Hier kann die Stadt beispielhaft vorgehen und damit auch ein Zeichen setzen. Es hilft nichts, den Klimawandel zu ignorieren und zu hoffen, dass es uns schon nicht so hart treffen wird. Auch unsere Generation hat die Verpflichtung alles zu tun, um ihn wenigstens aufzuhalten. „Nach uns die Sintflut“ wäre sonst wörtlich zu nehmen. Der Klimawandel ist bereits da, wie wir leider aktuell wieder an den verheerenden Unwettern in Spanien sehen.

Einen weiteren Antrag stellen wir zum **Bau von Schnellladestationen.**

Beim Ausbau von Schnellladestationen hinkt Deutschland hinterher. Die Verfügbarkeit von Ladestationen ist aber ein wichtiges Kriterium für die Anschaffung eines Elektrofahrzeuges. Für den Ausbau gibt es Förderprogramme, die wir nutzen können.

Ein wichtiges Thema ist auch die Mobilität

Im Hinblick auf den Ausbau des Radwegenetzes gibt es noch viele Baustellen. Eine ist der Radweg nach Ditzingen, die Strecke birgt ein hohes Unfallrisiko. Warum fragt man sich, wird der Radweg nicht endlich umgesetzt? In der Rede im letzten Jahr hatten wir bereits angemahnt, dass bei fehlender Mitwirkungsbereitschaft der Grundstücksbesitzer dieser Radweg mit reduzierter Breite realisiert werden soll, dies gilt für uns nach wie vor.

Um den Ausbau des Radwegenetzes weiter voranzubringen, beantragen wir außerdem die Aufnahme von Planungskosten für die Fortführung des Radwegs an der südlichen Seite der Römerstraße Richtung Neuköllner Platz, wo der Radweg auf dem Fußweg endet.

Mobilität – Stadt für Morgen

Mobilität ist natürlich nicht nur der Ausbau von Radwegen, sondern viel mehr. Die im Juli vertagte Drucksache zu der Modal Split Erhebung 2023 muss wieder auf die Tagesordnung, geplant ist dies für die Sitzungsrunde in diesem Monat. Sie dient auch als Grundlage für weitere Maßnahmen.

Stichwort Verkehrsversuch / Umweltspur: der Versuch ergab, dass es in den Spitzenzeiten nur leichte und in den Nebenzeiten keine Auswirkungen auf den Motorisierten Individualverkehr durch die Einrichtung einer Umweltspur gibt. Und für Bus und Radfahrende war es ein enormer Fortschritt. Wir haben daher den Antrag gestellt, dass die Stadt die Neuplanung und Umsetzung der Umweltspur in der Eltinger Straße vorantreibt.

Für das Zukunftsprojekt „Stadt für morgen“ wurde eine Bürgerbeteiligung mit ganz verschiedenen Themen und Formen der Beteiligung wie Perspektivenwerkstätten, Diskussionen oder Fachforen durchgeführt. Jede/r Interessierte konnte sich dabei einbringen. Die Beteiligungsmöglichkeit begrüßen wir ausdrücklich, sie hat viele gute Vorschläge hervorgebracht. Und nun? Die Weiterentwicklung d.h. die konkrete Planung und Umsetzung von Vorschlägen und Ideen stockt, der aktuelle Stand ist nicht bekannt. Auch auf der städtischen Homepage ist dazu nichts Aktuelles zu finden und so fragen sich viele: was geschieht mit dem Erarbeiteten, wann geht´s endlich weiter.

Meine Damen und Herren,

„Anpacken statt Ankündigen“ unser Motto für den Haushalt 2025 gilt nicht nur für die „Stadt für morgen“: Zu viel bleibt aktuell im Stadium von Beschlüssen und Planungen hängen. Wir müssen endlich wieder mehr in die Umsetzung kommen, um die drängenden Zukunftsfragen zu lösen.

Unser Dank für die Aufstellung dieses umfangreichen Haushaltsentwurfes gilt der Verwaltung allgemein, insbesondere aber der Kämmerei.

Wir freuen uns auf konstruktive und gute Gespräche bei den Haushaltsberatungen.

Leonberg, den 5. November 2024

Birgit Widmaier, Bernd Murschel für die Fraktion Grüne